



Ortsverband Quierschied



Dr. Herbert Moll & Roman Lösch
Vorsitzende des FDP OV Quierschied

Bargeld ist ein Stück Freiheit

Unter dem Deckmantel der Terrorabwehr will die große Koalition aus CDU und SPD eine Obergrenze für Bargeldzahlungen einführen. Die Bezahlung mit Bargeld ist jedoch ein Stück Freiheit und diese Freiheit möchte die Bundesregierung und Ihre Profiteure jedem einzelnen Bürger entziehen. Für uns ist klar, dass es der Union und der SPD nicht um die Bekämpfung der Terrorfinanzierung (diese läuft mittlerweile eher weniger über Bargeld), sondern hauptsächlich um die Kontrolle über die Sparguthaben der Bürger geht.

Die Freien Demokraten lehnen deshalb den Einstieg in ein Bargeldverbot kategorisch ab !

Der Zwang zur Überweisung schafft die Möglichkeit zur Kontrolle aller Geschäfte und Transaktionen und der Einstieg in die Begrenzung von Bargeld ist die Vorstufe von Überwachung und Enteignung.

Mit einer Obergrenze von 5.000 Euro will die Bundesregierung die Bürger in der trügerischen Sicherheit wiegen, dass ihr alltäglicher Bargeldgebrauch von der Maßnahme nicht betroffen sei. Dabei ist der Plan nur ein erster Schritt, dem vorhersehbar weitere folgen würden. Wir befürchten, dass das langfristige Ziel von Union und SPD die Abschaffung des Bargeldes sein könnte. Somit könnte die Zentralbank einen Negativzins auf die Ersparnisse der Bürger durchsetzen und diese zwingen, ihr Geld auszugeben.

Schlimm ist nicht nur, dass die Notenbank quasi auf Knopfdruck die Ersparnisse der Bürger entwerten könnte, die Maßnahme würde auch einen schweren Eingriff in die Privatsphäre des Bürgers darstellen. Wenn die Regierung die Bürger zwingt, bargeldlos zu bezahlen, legt sie damit auch deren Einkaufsverhalten für Banken, Kreditkartenunternehmen und zweifelhafte Marktforschung offen.

Eine Entwicklung, die es aus liberaler Sicht zu verhindern gilt, da sie nicht dem Bürger dient sondern nur den modernen Raubrittern und Umverteilern unserer Gesellschaft. Diese Maßnahmen würden vor allen Dingen die Lohnempfänger und den Mittelstand, die sowieso schon die Melkkuh der Nation darstellen, weiter belasten. Die Inhaber wirklich großer Vermögen haben schon längst andere Möglichkeiten, dieses mit Billigung der Politik vor Steuern und Abgaben in Sicherheit zu bringen.

Bargeld ist gelebte Freiheit für den Bürger, die wir nicht preisgeben sollten !